



Thomas Bareiß

Mitglied des Deutschen Bundestages

26.10.2012

“neue energie“: Beitrag von Thomas Bareiß MdB

Mit der Veröffentlichung der EEG-Umlage ist die Diskussion über die Bezahlbarkeit der Energiewende in eine neue Phase getreten. Den Verbrauchern wird immer mehr bewusst, dass die Energiewende nicht kostenlos ist. Insbesondere die Förderung der erneuerbaren Energien steht dabei im Mittelpunkt der Diskussion. Aber auch die Lastenverteilung zwischen den Verbrauchern ist ein oft kontrovers diskutierter Punkt.

Insbesondere an fünf Fakten lassen sich die zukünftigen Herausforderungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien festmachen.

Erstens: Die reinen Zubauzahlen der erneuerbaren Energien sprechen eine deutliche Sprache. Die erneuerbaren Energien werden rasant ausgebaut. So haben die erneuerbaren Energien einen Anteil von rund 25 Prozent an der Stromerzeugung erreicht, davon allein in der schwarz-gelben Regierungszeit zehn Prozent. Das ist ein beachtlicher Erfolg und von dem enormen Zubau haben Bundesländer, Kommunen, Mittelstand, Handwerk und Hauslebauer profitiert.

Zweitens: Der hohe Zubau bedeutet aber auch, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Netzausbau synchronisiert werden muss. Dort gibt es massiven Nachholbedarf. Der Ausbau der Erneuerbaren ist wesentlich schneller als der Stromnetzausbau. Allein im Jahr 2011 wurden aufgrund zu enger Netzkapazitäten etwa ein Prozent der Windenergie nicht in das Stromnetz eingespeist, die Tendenz ist steigend.

Drittens: Hoher Zubau bedeutet auch hohe Kosten. Die EEG-Umlage erreicht mit 5,277 Cent einen Rekordwert im kommenden Jahr. Ein Wert, der in der mittleren Frist sicher nicht sinken wird. Allein 2,2 Cent zahlt der Verbraucher für die Photovoltaik, obwohl wir die Vergütung in den letzten Jahren massiv abgesenkt haben.

Viertens: Mit zunehmenden Anteil der erneuerbaren Energien muss auch die Verantwortung für das Gesamtsystem und die Versorgungssicherheit steigen. Es herrscht schon heute eine extreme Volatilität zwischen Sommer- und Wintertagen, die das Gesamtsystem herausfordert. Auch die Erneuerbaren müssen ihren Anteil für die Versorgungssicherheit tragen.

Fünftens: EEG und CO₂-Zertifikatehandel müssen in Einklang gebracht werden. Wir wollen die Energiewende auch deshalb, um unsere ehrgeizigen klimapolitischen Ziele zu erreichen. Doch momentan konterkariert das EEG den Emissionshandel. Denn durch das EEG sinken die Zertifikate Preise deutlich stärker als die CO₂-Emissionen. Neben der Verzahnung europäischer und nationaler Energiepolitik, gilt es auch diese Systeme zu verknüpfen.

Allein diese fünf Fakten zeigen deutlich, dass wir vor gewaltigen Herausforderungen stehen. Wir haben schon einiges angepackt, um diese Herausforderungen zu meistern. Wir haben die Vergütung der erneuerbaren Energien deutlich abgesenkt. Lag die Vergütung der Photovoltaik im Jahr 2009 noch bei 43 Cent liegt die Vergütung heute mit rund 19,5 Cent deutlich tiefer. Wir haben einen Gesamtdeckel von 52 Gigawatt eingeführt. Bei Erreichen dieses Deckels ist die PV

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 – 73783
Telefax: 030 / 227 – 76783

Wahlkreisbüro Sigmaringen

Karlstraße 28
72488 Sigmaringen

Telefon: 07571 / 12053
Telefax: 07571 / 725695

Wahlkreisbüro Zollernalb

Bahnhofstraße 22
72336 Balingen

Telefon: 07433 / 91866
Telefax: 07433 / 91867

E-Mail & Internet

thomas.bareiss@bundestag.de
www.thomas-bareiss.de



Thomas Bareiß

Mitglied des Deutschen Bundestages

in der Pflicht, marktfähig zu sein. Marktprämie sowie Speicherbonus sind ein langsames Herantasten hin zum Systemwechsel. Doch nun ist es an der Zeit einen weiteren Schritt zu gehen: Der Schritt hin zu einem Systemwechsel. Deshalb ist es richtig, dass wir jetzt eine grundsätzliche Reform organisieren. Bundesumweltminister Peter Altmaier hat dazu die richtigen Vorschläge vorgelegt. Bundesländer, Opposition und Unternehmen bekommen die Chance zu zeigen, dass sie es ernst meinen mit der Energiewende. Ein „weiter so“ schadet sowohl der Akzeptanz der Energiewende als auch der Versorgungssicherheit.

Das müssen auch die Bundesländer erkennen, die wir für einen solchen Systemwechsel brauchen. Es bringt nichts, wenn 14 Bundesländer energieautark werden und zehn von ihnen Strom exportieren wollen und die Ausbauziele um 60 Prozent über denen der Bundesregierung liegen. Es gilt, diese Ziele in Einklang zu bringen. Das EEG darf nicht zur Kompensation für den Länderfinanzausgleich verkommen, sondern muss ein wirksames, kosteneffizientes und energiewirtschaftliches Instrument werden. Dieser Herausforderung werden wir uns in den kommenden Monaten stellen.